



## **Antrag**

der Fraktion der FDP

### **"Umweltranking"**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-holsteinische Landtag lehnt das vom Umweltministerium durchgeführte "Umweltranking" der Kreise und kreisfreien Städte ab und fordert die Landesregierung auf, das Konzept zurückzuziehen.

Vor einer Veröffentlichung der Ergebnisse eines von der Landesregierung durchgeführten Umweltrankings der Kreise und kreisfreien Städte sollen der Kriterienkatalog des Umweltrankings sowie die Vergabe der Bewertungspunkte grundlegend überarbeitet werden. Dabei ist klar zu trennen, zwischen den Leistungen eines Kreises oder einer kreisfreien Stadt auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes und den naturräumlichen Gegebenheiten. Dieses Konzept ist dem Umweltausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages vorzulegen.

Folgende Punkte sollen dabei berücksichtigt werden:

1. Das Verursacherprinzip muss Anwendung finden. Regionen mit hohen Emissionswerten sind nur dann negativ zu bewerten, wenn die Belastung durch Emissionen aus der eigenen Region stammt.
2. Die naturräumliche Ausstattung sowie die Siedlungsentwicklung müssen angemessen bewertet werden.
3. Zusätzlich zur Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten ist die Ausweisung von Gebieten nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie sowie die Teilnahme am Programm der Bundesregierung zur Förderung von Gebieten, die für den Naturschutz von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung sind, zu berücksichtigen.
4. Politische Kriterien wie die Anzahl von Agenda-21-Projekten, bzw. die Beschlussfassung kommunaler Gremien zur Agenda-21 oder die Beteiligung am Bingo-Lotto werden nicht aufgenommen.
5. An der Erarbeitung eines neuen Kriterienkatalogs werden die kommunalen Spitzenverbände beteiligt.

Dr. Christel Happach-Kasan  
und Fraktion